

die Öffentlichkeit darüber auf, daß dies eine Maximalforderung ist, die nicht in einem Schlag verwirklicht werden soll. Noch stellte sie klar, daß die Metallarbeiter für kürzere Schaffenszeiten auf einen Teil ihres Lohnzuwachses verzichten wollen.

Die Gewerkschaftsfunktionäre propagieren bis heute die mißverständliche Formel vom vollen Lohnausgleich. Sie erwecken damit den Eindruck, die IG Metall schere sich nicht um die Lohnkosten, die rein rechnerisch bei fünf Stunden weniger Arbeit in der Woche und bei gleicher Bezahlung wie bisher um mindestens 14,3 Prozent steigen müßten.

Während die Gewerkschaften noch unverdrossen für fünf Stunden weniger

Aufmerksam notierten Arbeitgeber und Gewerkschafter Vorschläge der Münchner BMW-Werke. Die bayrischen Autobauer würden gern die tägliche Schichtzeit verlängern und wollen auch an Sonnabenden die Bänder laufen lassen. Statt zweimal acht Stunden an fünf Wochentagen sollen künftig sechs Tage lang zwei Neun-Stunden-Schichten gefahren werden.

Diese Lösung brächte allen Seiten Vorteile. Die Fließbänder wären um 35 Prozent besser ausgelastet, weil die Betriebszeit von 80 auf 108 Stunden pro Woche verlängert würde. Die Arbeitnehmer müßten statt bisher 40 nur noch 36 Stunden arbeiten, weil das Unternehmen bei 108 Betriebsstunden eine dritte Schicht einstellen müßte. Es würden also

HESSEN

Grüne Tonne

In Hessen haben sich Rote und Grüne, allen Gegensätzen zum Trotz, auf gemeinsame Programmpunkte geeinigt. Bonner Politiker versuchen, das hessische Modell zu torpedieren.

Der Genosse, der etwas bewegt, verdriet den Genossen, die nicht vorankommen, wie er es zu Hause macht.

„Wißt ihr“, klärte Holger Börner die SPD-Europaabgeordneten in einer Straßburger Weinstube auf, „als einer aus dem Baugewerbe halte ich mich da streng an die Verdingungsordnung für Bauleistungen: Den Zuschlag bekommt, wer das günstigste Angebot abgibt.“

Da baue er jetzt auf die Grünen, erläuterte der gelernte Betonfacharbeiter Börner, die ihn tolerieren würden, ohne selber regieren zu wollen. Und deren Forderungen seien auch nicht unverschämter als das, was ihm während der sozialliberalen Koalition die Freidemokraten in der Atom- und Verkehrspolitik abverlangt hätten. Hält der neue Pakt mit den Alternativen, kann sich Börner auch zurechnen, Hessen in vielem wieder nach vorn gebracht zu haben. Das „Gegengewicht zu Bonn“ jedenfalls, das Wiesbadens SPD laut Wahlwerbung setzen wollte, wiegt schwerer, seit die Grünen mitmachen.

Ogleich noch nicht alle Verhandlungspunkte abgehakt waren, zeichneten sich Ende letzter Woche die Konturen einer hessischen Alternative zur altbackenen Bonner Politik ab. Zwar werden nicht, wie Radikal-Ökologen fordern, die Atommeiler im Lande abgeschaltet, und im Gegensatz zu Wahlkampf-Warnungen der CDU ist auch kein „unwürdiges Schauspiel“ erkennbar und keine „politische Abbruchfirma“ am Werk. Wohl aber ist eine Reihe umwelt- und rechtspolitischer Reformen vereinbart worden, die teils längst überfällig sind.

Kein Bonner Ressort bekommt so viel Contra wie Friedrich Zimmermanns Innenministerium. Der gemeingefährlich laschen Großfeuerungsanlagen-Verordnung, die nach den Vorstellungen des CSU-Ministers den Schadstoffausstoß drosseln soll, aber Umweltexperten zufolge viel zu langsam und auch nicht genügend greift, will Hessen eine eigene Entschwefelungspolitik entgegensetzen:

Die Schwefelschwaden aus den veralteten Braunkohlekraftwerken in Borken und Wölfersheim sollen „kurzfristig“ um die Hälfte reduziert, die gefährlichen Stickoxide vermindert werden. Gegen Börners anfängliche Bedenken („Wir hängen da eine Wurst ins Schau fenster, die sehr teuer ist“) drückte die Öko-Partei das Modell einer „Entstückerungsanlage fortgeschrittener Technik“ durch, für die schon im Haushalt 1984 Mittel bereitzustellen sind.



IG-Metall-Demonstration*: Gesprächsrunde gesprengt

trommeln und die Unternehmer verbissen die 40 Wochenstunden verteidigen, zeichnet sich in manchen Betrieben schon eine Kompromißlinie ab. Dabei würde die Arbeitszeit etwas verringert; gleichzeitig erhielten die Betriebe die Möglichkeit, ihre Maschinen länger laufen zu lassen und so die Kapitalkosten zu senken.

In den Gummiwerken Fulda handelten die Manager mit der IG Chemie aus, daß die Betriebszeit des Unternehmens um etwa zehn Prozent verlängert wird. Die persönliche Schaffenszeit der Arbeitnehmer wird nun von 40 auf 38,5 Stunden herabgesetzt, bei vollem Lohnausgleich. Für die zusätzliche Produktionszeit werden 150 Leute neu eingestellt.

* Letzten Freitag in Hamburg.

auch neue Arbeitsplätze geschaffen werden.

Für Kompromisse dieser Art ist es jetzt noch zu früh. Der Arbeitgeber-Verband Gesamtmetall und die Gewerkschaft haben sich so tief vergraben, daß wohl nur ein Arbeitskampf die Fronten auflockern kann. Noch in diesem Monat werden die Metaller wohl das Scheitern der Verhandlungen erklären. Anschließend werden die Arbeitgeber wahrscheinlich eine Schlichtung beantragen. Erst danach darf die IG Metall ihre Mitglieder zur Urabstimmung rufen.

Die müßte entweder noch vor Ostern oder in der Woche nach dem Fest stattfinden, damit es bei dem von der IG Metall anvisierten Streikbeginn bleibt – Anfang Mai, pünktlich zum Kampftag der Arbeiterklasse.

Zudem wurde beschlossen, die Auslösewerte für Smogalarm erheblich zu senken und die landeseigenen Autos mit gutem Beispiel voranzufahren zu lassen: Der gesamte Fuhrpark des Landes ist umgehend „auf bleifreies Benzin umzustellen, die Neufahrzeuge sind mit Katalysatoren auszurüsten“.

Um die Belastung der Luft mit Auto-Abgasen zu verringern, wollen die Rot-Grünen auch die Fahrgeschwindigkeit herabsetzen. Die Gesprächspartner zeigten sich beeindruckt von Rechnungen hessischer Umwelt-Ministerieller, denen zufolge der Stickoxidausstoß bei Tempo 130 doppelt so groß sein kann wie bei Tempo 100.

Anders als Hessens Umweltminister Karl Schneider vorschnell verkündete, soll Tempo 100 allerdings nicht generell auf allen Autobahnen Hessens eingeführt werden. Vielmehr will die Regierung Börner („Hier gibt es kein gesondertes Straßenverkehrsrecht“) die Möglichkeit ausschöpfen, „überall dort, wo es aus sicherheitstechnischen und rechtlichen Gründen möglich ist (auf stark befahrenen Autobahnen und Landstraßen), Tempo 100 bzw. Tempo 80“ einzuführen.

Vorpreschen will das rot-grüne Bündnis auch bei der Abfallbeseitigung. Zwar liegen die Verhandlungspartner noch im Streit über den Bau der bereits geplanten Großdeponien in Mainhausen und Messel, doch Einigkeit haben sie bereits über eine „gesetzliche Verpflichtung zur Getrenntsammlung“ und die Einführung einer sogenannten „Grünen Tonne“ erzielt.

Mit Hilfe dieses bereits in vielen Gemeinden erfolgreich getesteten und vom Umweltbundesamt empfohlenen Gefäßes soll alsbald organischer Abfall gesondert vom übrigen Unrat gesammelt und zu Kompost aufbereitet werden. Eine „flächendeckende Ausdehnung der Grünkompostierung“ will die Regierung „durch satzungsrechtliche Maßnahmen und gegebenenfalls Förderung“ vorantreiben.

Der Bau herkömmlicher Müllverbrennungsanlagen, mit deren Abgasen auch giftige Schwermetalle und sogar Dioxin in die Atmosphäre und in die Nahrungskette gelangen, soll in Hessen zugunsten von Kompostierung und Recycling gebremst werden. Vier Projekte alter Art werden gestrichen, der Bau zweier wei-

terer geplanter Müllöfen soll hinausgezögert werden. Die vier derzeit betriebenen Müllverbrennungsanlagen werden binnen zwei Jahren durch den Einbau spezieller Reinigungssysteme saniert.

Angefeuert von den Alternativen, wollen sich die Wiesbadener Genossen auch auf ihre Tradition als Bürgerrechtskämpfer besinnen, die Hessen als erstem Bundesland bereits im Jahre 1971 einen Datenschutzbeauftragten beschert hatte. Sollte das Bundesdatenschutzgesetz „nicht oder nur unbefriedigend“ novelliert werden, will Hessen ein eigenes Gesetz auf den Weg bringen.

Bürgerfreundliche Regelungen streben die Hessen auch für die geheimen Datenbanken der Polizei an: Erfasst und weitergegeben werden sollen Daten

Schließlich will das neue Bündnis von „Malochern und Waldläufern“ (SPD-Schnack) in Hessen auch die ehrgeizigen Verkabelungspläne von Bundespostminister Christian Schwarz-Schilling unterlaufen: Das Bonner Vorhaben soll „unter Ausschöpfung aller rechtlichen und politischen Mittel verhindert“ werden, insbesondere will Börner einem „Anschlußzwang bei der Verkabelung“ entgegenreten.

Während in Bonn SPD-Geschäftsführer Peter Glotz eine Wende seiner Partei hin zum Privatfunk und damit einen „Selbstmord aus Angst vor dem Tod“ (IG Druck) signalisierte, lehnen die Hessen eine Kommerzialisierung ab. Statt dessen wollen Rote und Grüne dem Hessischen Rundfunk einen neuen An-



Ministerpräsident Börner, Grüne*: Pakt für die Frischluft

„grundsätzlich nur mit Wissen der betroffenen Personen“. Bis zu einer entsprechenden Neuregelung, so ein gemeinsames Papier, gelte auch im Polizeibereich „auf jeden Fall“ ein „genereller Auskunftsanspruch“; Auskunftsverweigerung müsse „die Ausnahme“ bleiben.

Freizügiger als Bonns Innenminister will die von den Grünen tolerierte Börner-Regierung mit Ausländern verfahren. Die Wartefrist für Ausländer der zweiten Generation, die im Ausland lebende, nachzugswillige Ehegatten ins Land holen wollen, soll von acht auf fünf Jahre herabgesetzt werden. Arbeitslos gewordenen Arbeitnehmern etwa aus der Türkei wollen die Hessen die Aufenthaltverlängerung nicht länger mit der Begründung verweigern, sie dürften nicht der Sozialhilfe zur Last fallen.

* Anfang Dezember im Wiesbadener Landtag.

strich geben: „Sendungen über Verbraucheraufklärung und Verbraucherschutz“ sollen verstärkt und in den Regionalprogrammen „offene Bereiche“ mit der „Möglichkeit der Programmgestaltung durch Bürgergruppen“ geschaffen werden.

Ob all diese Pläne freilich realisiert werden können, steht dahin. Denn Bonns Regierende scheinen entschlossen, die rot-grünen Vorstöße in Hessen mit aller Macht zu bremsen.

Auf Börners Ankündigung, er wolle auf Drängen der Startbahn-Kritiker ein Nachtflugverbot für Rhein-Main durchsetzen, reagierte Bundesverkehrsminister Werner Dollinger schon mit einem Veto. Der CSU-Minister, der sich auf die Bundeshoheit für den Luftverkehr beruft, verspricht, die Startbahn West „bevorzugt zu nutzen“ – und zwar „gerade zur Nachtzeit“.